

**Stellungnahme zur Parlamentarischen Bürgerinitiative
#FAIRÄNDERN – bessere Chancen für schwangere Frauen und für
ihre Kinder (54BI)**

Verbesserungen jetzt!

Der Bund Evangelikaler Gemeinden (BEG) nimmt mit Bedauern und Unverständnis zur Kenntnis, dass es in jüngster Zeit dazu gekommen ist, dass die Themen, die von der Bürgerinitiative **#FAIRÄNDERN** als dringend veränderungswürdig benannt wurden, von verschiedenen Gruppen zu Tabus erklärt wurden.

Wir denken, dass es für ein zivilisiertes Land wie Österreich unwürdig ist, dass es keine anonyme Statistik über die Zahl und Motive von Schwangerschaftsabbrüchen gibt. Österreich ist eines der allerletzten Länder Europas, das keine solche Statistik besitzt. Das kann und soll nicht so bleiben.

Es ist mit dem gesunden Menschenverstand unvereinbar, dass es für Schönheitsoperationen in Österreich eine Bedenkzeit von 14 Tagen zwischen der Entscheidung und Durchführung einer solchen Operation gibt, aber für einen Schwangerschaftsabbruch mit schweren Folgen für Mutter und Kind bisher nicht. Wir als BEG unterstützen deshalb vollinhaltlich die Forderung von **#FAIRÄNDERN** nach einer gesetzlichen Bedenkzeit von drei Tagen zwischen Anmeldung und Durchführung einer Abtreibung!

In Zeiten, in denen Paare, die einen Adoptionswunsch haben, lange warten müssen, bis sich ihr Wunsch erfüllt, sollten Schwangere um diese Möglichkeit ebenso wissen, wie dass ein geborenes Kind auch in eine Pflegefamilie aufgenommen werden kann. Diese Informationen zu bekommen, kann keine Holschuld der Schwangeren sein.

Es ist bedenklich, dass Behinderte in einer Zeit, die sich der Diversität und Antidiskriminierung verschrieben hat, laut § 97 STGB bis unmittelbar vor der Geburt abgetrieben werden können und damit einer pränatalen Selektion unterliegen. Dass dies nicht als eine Horrorvision abqualifiziert werden kann, zeigen die Zahlen. Der frühere Behindertenanwalt Buchinger sagt, dass man mit ca. 100 Geburten pro Jahr von Kindern mit Downsyndrom ausgehen kann. Mittlerweile kommen nur noch 5-10 Babys mit Downsyndrom zur Welt. Wir halten dies für einen Skandal.

Beratung und Unterstützung von Schwangeren, die ein behindertes Kind erwarten, sowie von Familien, in denen behinderte Kinder leben, ist eine Forderung von **#FAIRÄNDERN**, die der BEG unterstützt. Es geht nicht, wie oft behauptet, um eine Kriminalisierung von Frauen, sondern um Hilfe. Es geht aber auch um die klare Forderung an Staat und Gesellschaft, Kinder, Frauen und Familien in schwierigen Situationen nicht allein zu lassen, sondern zu unterstützen. Werte dürfen nicht länger nur Gegenstand von Sonntagsreden sein, sondern müssen praktische Politik werden.

Der BEG dankt den Initiatoren von **#FAIRÄNDERN** und wünscht sich eine Verbesserung der Situation schwangerer Frauen und ihrer Familien